

Dr. Hermann Otto Solms
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

**„Ordnungspolitik in Zeiten der Krise –
Herausforderungen im neuen Jahrzehnt“**

Vortrag und Diskussion.

Veranstalter

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Hermann-Flach-Stiftung
Regionalbüro Wiesbaden

Veranstaltungsort

Grand Hotel
Aukam's La Strada
Kassel

Kassel, den 03. Dezember 2010

Begrüßung

Über ein halbes Jahrhundert war es üblich der Marktwirtschaft die Planwirtschaft gegenüber zu stellen.

Seit dem Fall der Mauer gibt es außerhalb von Nordkorea oder Kuba kaum noch jemanden, der ernsthaft die zentral gelenkt Planwirtschaft als überlegenes Wirtschaftsmodell verteidigt.

Man sollte meinen, der Siegeszug der Marktwirtschaft sei mit dem Zerfall der Sowjetunion unaufhaltsam geworden. Dem ist aber nicht so.

Der faktische Erfolg der Marktwirtschaft wird zwar anerkannt. Aber seine Ausprägungen sind fast alle unbeliebt.

Gerade in den wohlhabenden Industriestaaten sind viele Menschen verunsichert und fragen sich, ob die Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes oder der Finanzmärkte im globalen Zusammenhang einfach so weitergehen kann.

Dahinter steht die Sorge, ob Wachstum zur Lösung der globalen Probleme etwas beitragen kann oder ob Wachstum nicht vielmehr selber das Problem darstellt und Verzicht angezeigt wäre.

Der Deutsche Bundestag hat diese Diskussion aufgegriffen und in dieser Woche die Einsetzung einer Enquete-Kommission beschlossen, die sich mit dem Zusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität befasst.

Das ist eine ehrgeizige Aufgabe, bei der es auch darum geht, qualitative Elemente in mathematische Rechengrundlagen einzuarbeiten. Jeder, der sich mit so etwas schon einmal befasst hat, weiß, wie schwierig das ist.

Aus Sicht der FDP muss auch für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wachstumsbegriff der Rahmen der sozialen Marktwirtschaft grundlegend bleiben.

Wie greifen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft die verschiedenen Dimensionen nachhaltigen Wirtschaftens ineinander? Wie können wir Wohlstand und Lebensqualität schaffen und gleichzeitig unserer Verantwortung für unsere natürliche Umwelt und für die nachfolgenden Generationen gerecht werden?

Ich hoffe, dass diese Enquete-Kommission dazu beitragen wird, weitverbreitete Irrtümer über den Wachstumsbegriff aufzuklären und der sich umgreifenden Wachstumsskepsis zu begegnen.

Die Skepsis und das Unbehagen an der Marktwirtschaft hängen vielfach damit zusammen, dass der Markt aus verschiedenen Gründen nicht ordentlich funktioniert.

Er kann nicht funktionieren, wenn gegen seine fundamentalen Prinzipien verstoßen wird. Deshalb müssen wir uns besinnen, was die elementaren Voraussetzungen für eine funktionierende Marktwirtschaft sind und was ihre Vorzüge sind.

Zur Idee der Sozialen Marktwirtschaft gehört untrennbar die Ordnungspolitik. Ordnungspolitik aber ist Gestaltung der Voraussetzungen und Rahmenbedingungen. Es geht nicht darum, mit Einzeleingriffen lenkend in die Prozesse einzugreifen und auf diese Weise bestimmte politisch erwünschte Ergebnisse herbeizuführen.

Otto Graf Lambsdorff (sein Todestag jährt sich jetzt am 5. Dezember) hat zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, dass es eine Daueraufgabe sei, für eine gute Ordnungspolitik zu sorgen.

Ein guter Ordnungsrahmen wirkt indirekt. Da seine Vorzüge nicht unmittelbar erkennbar sind, muss man permanent der schleichenden Erosion entgegenarbeiten.

Hinzu kommt:

Generell in Zeiten der Krise hat das Handeln nach übergeordneten Prinzipien einen schweren Stand. In der Hektik neigt der Mensch zum Aktionismus – nicht zur Prinzipientreue. Je schneller die Ereignisse heranrollen, einen desto schwereren Stand hat das Denken in Ordnungen.

Mischt sich Aktionismus mit fehlendem Grundverständnis, dann drohen die Vorzüge der Marktwirtschaft schnell aus dem Blickfeld zu geraten. Deshalb sei an dieser Stelle der Blick auf drei fundamentale Stärken von Marktwirtschaft erlaubt, wie sie der britische Ökonom und Publizist John Kay in einem bemerkenswerten Essay zur Zukunft der Märkte anschaulich herausgearbeitet hat:

Die bekannteste und geläufigste Eigenschaft des Marktes ist die Bedeutung des **Preismechanismus**.

In einer Wettbewerbssituation dienen Preise als Signale für Knappheiten. Über den Preismechanismus gelingt es, die wirtschaftlichen Handlungen aller Akteure dezentral und gleichzeitig effizient zu koordinieren. Der Preis bildet sich als Ergebnis von Angebot und Nachfrage frei von staatlicher Einflussnahme.

Diese Idee begleitet die Wirtschaftswissenschaften von Anfang an. Man denke nur an Adam Smith's Diktum von der „Unsichtbaren Hand“, mit dem er diese Koordinationsleistung charakterisierte. Nicht der bürokratische Apparat bestimmt, was produziert und gekauft wird, sondern die einzelnen Marktteilnehmer durch ihre Kaufentscheidungen. Marktwirtschaft ist also ein elementar „basisdemokratisches“ Verfahren!

Auch die Tatsache, dass wir für unser Brot nicht auf die Großzügigkeit des Bäckers angewiesen sind, sondern allein sein wirtschaftliches Eigeninteresse als Antriebskraft genügt, verdanken wir dem Preismechanismus im Wettbewerb.

Ordnungspolitik hat sich also darum zu kümmern, dass der Preismechanismus nicht verfälscht wird.

Indem ich das Wort „Preismechanismus“ benutze, wird aber auch schon eine Gefahr erkennbar: Wirtschaft ist kein mechanischer Prozess. Ökonomie ist Sozialwissenschaft. Sie hat mit Menschen zu tun, deren Verhalten höchst variabel ist. Es gibt Unsicherheiten, es gibt Informationsasymmetrien.

So hat von Hayek schon darauf aufmerksam gemacht, dass ökonomische Prozesse zu komplex seien, als dass sie wie eine Maschine steuerbar wären.

So populär das Prinzip der dezentralen Steuerung über Preise ist –effiziente Koordination für sich allein genommen beschreibt die Vorzüge der Marktwirtschaft nur unzureichend.

So komme ich mit Friedrich August von Hayek auf den zweiten wesentlichen Vorzug:

Der Markt als Entdeckungsverfahren.

Von Immanuel Kant wissen wir:

„Die Notwendigkeit zu entscheiden, reicht weiter als die Möglichkeit zu erkennen.“

Die Welt ist von Unsicherheiten geprägt.
Wir müssen also unter Unsicherheit entscheiden.
Wirtschaftliches Handeln bezieht sich auf die Zukunft.
Keiner weiß, welche Ereignisse eintreten werden.
Marktwirtschaften können die Zukunft nicht vorhersagen.
Aber sie können sie erforschen!

Und das ist ein entscheidender – vielleicht der entscheidende – Unterschied zur staatlich gelenkten Planung. Zentralisierte Systeme meiden Experimente. Bürokratien finden lieber Gründe, warum etwas schief gehen wird.

Und in der Tat: Wer experimentiert, muss Fehlschläge verkraften können. Marktwirtschaften sind nicht nur besser im Hervorbringen und Verbreiten von neuen Ideen. Sie sind auch besser im Verwerfen von unbrauchbaren Ideen. Bürokratien dagegen – egal ob staatlich oder privat – mögen kein ungeschminktes Feedback.

Die Überlegenheit und Vitalität von Marktwirtschaften hängt also zentral mit diesem Trial and Error, mit dem ständigen Hereinströmen neuer Ideen und dem Ausscheiden von untauglichen Ideen zusammen,

Wenn wir die Entwicklung von Märkten vorhersagen könnten, dann bräuchten wir keine Märkte.

Diese simple Tatsache muss sich die Wirtschaftspolitik immer wieder vor Augen führen.

Neue, revolutionäre Ideen stammen häufig von neuen Anbietern. Die Konkurrenz neuer Unternehmen mit neuen Ideen bringt die etablierten Unternehmen in Bedrängnis. Die Besitzstandswahrer begegnen den Newcomern naturgemäß mit Misstrauen und Ablehnung. Sie versuchen ihren Markt zu schützen.

Für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft ist es nun ganz entscheidend, auf welche Weise sie sich gegen die Newcomer zur Wehr setzen.

Das führt mich direkt zur dritten Stärke der Marktwirtschaft.

In einem funktionierenden Markt muss sich die unternehmerische Energie darauf richten, selber Wohlstand zu schaffen und nicht, den Wohlstand anderer abzugreifen.

Ludwig Erhards Lehrer Franz Oppenheimer hat in diesem Zusammenhang von zwei Arten von Erwerb gesprochen:

Der eine sei der „ökonomische“ Erwerb und der andere sei der „politische“ Erwerb. Bei dem einen zähle Fleiß und Produktivität, während der andere per se parasitär und unproduktiv sei, meinte er.

Im angelsächsischen Sprachgebrauch gibt es dafür den Ausdruck „**Rent-Seeking**“: Die Ökonomen bezeichnen damit das Bemühen, ein Einkommen zu erlangen, das über das hinausgeht, was unter wettbewerblichen Bedingungen erreichbar wäre.

Beim Rent-Seeking ist es lukrativer, sich über den Wohlstand anderer herzumachen als selber welchen zu schaffen. Rent-Seeking ist dort interessant, wo der Wettbewerb nicht funktioniert. Monopole und die Erzielung von Monopolrenten sind ein klassisches Feld des Rent-Seeking. Der Subventionswettbewerb ein weiteres.

Aber es geht um weitaus mehr. Den Kampf um ökonomische Renten hat es in der Weltgeschichte immer gegeben und er hat die vielfältigsten Ausprägungen. Das beginnt nicht beim Raubrittertum und endet nicht bei Provisionen im Börsengeschäft.

Sei es die Abschottung von Märkten, der privilegierte Zugang zu Bodenschätzen oder das Versorgungspöstchen, die Mechanismen der Vorteilsbeschaffung reichen über Waffengewalt bis zum Wahlsieg.

Je mehr Macht sich konzentriert, sei es beim Staat oder in der Wirtschaft, desto stärker werden Menschen versuchen, Reichtum , Einfluss und Vorteile zu erlangen, indem sie sich an diese Macht hängen – statt ihre Talente und Fähigkeiten in eigene ökonomischen Aktivitäten zu lenken.

In einer von Rent-Seeking geprägten Gesellschaft stehen Verteilungskämpfe im Vordergrund. Es geht -platt gesagt - um abkassieren statt produzieren. Energien und Begabungen werden im Verteilungskampf unproduktiv vergeudet.

Um es mit einem Bild auszudrücken:

Die Zeit und Energie, die darauf verwendet wird, anderen das Wasser abzugraben, fehlt an anderer Stelle, um vernünftige Bewässerungssysteme zu bauen.

Aber auch wenn Rent-Seeking im Prinzip unausrottbar ist, so kann ein Wirtschaftssystem mehr oder weniger davon dominiert sein.

Je dezentraler die Wirtschaftsordnung, desto besser gelingt es , Rent-Seeking zu verhindern. Je besser es gelingt, Rent-Seeking zurück zu drängen, desto erfolgreicher und ökonomisch leistungsfähiger ist ein Land.

Mit anderen Worten: Eine konsequent marktwirtschaftliche Ordnung sorgt dafür, dass Machtkonzentration und – missbrauch verhindert wird. Das sollten sich insbesondere diejenigen vor Augen führen, die meinen es passe zusammen, als Anwalt bürgerlicher und demokratischer Freiheitsrechte aufzutreten und gleichzeitig für mehr staatliche Lenkung und planungswirtschaftliche Gängelei zu plädieren.

Rent Seeking gefährdet eine freie und offene Gesellschaft. In der Zersplitterung von Macht liegt also ein entscheidender dritter Vorteil der Marktwirtschaft und ein weites Aufgabenfeld für die Ordnungspolitik.

Meine Damen und Herren,

vor dem Hintergrund dieser Vorzüge möchte ich einige Politikfelder beleuchten und herausarbeiten, wo dort aktuell die ordnungspolitischen Herausforderungen liegen.

1. Europa und der Euro

Die deutsche Vereinigung vor zwanzig Jahren ging mit einer Vertiefung der europäischen Integration einher. Um die vergrößerte Bundesrepublik fest in die europäischen Strukturen einzubinden, wurden frühzeitig die Weichen gestellt: Mit dem Maastrichter Vertrag wurden die Grundlagen für die Einführung einer gemeinsamen Währung gelegt.

Die Hoffnung, Europa würde mit einer gemeinsamen Währung enger zusammenrücken, wird seit dem Frühjahr 2010 beginnend mit der „Griechenlandkrise“ auf eine harte Probe gestellt.

Die hektischen Anstrengungen zur Rettung Griechenlands legten die Schwachstellen der europäischen Währungsarchitektur bloß und rückten die Kritik, die die Einführung des Euro von Anfang an begleitet hatte, wieder ins Blickfeld.

Seither ist Griechenland nicht aus den Schlagzeilen gekommen und andere Länder sind hinzu gekommen.

Der im Juni ausgehandelte Rettungsschirm, hat aber bereits die Architektur der Europäischen Währungsunion fundamental verändert.

Statt mit einer Stärkung des No-Bail-out-Prinzips die disziplinierende Kraft der Märkte klüger zu nutzen, liegt die Verantwortung für die Einhaltung der Stabilitätskriterien mehr denn je in den Händen der Politik.

Ich halte die Hoffnung für verfehlt, die Politik könne die Kraft aufbringen wird, allein durch politischen Druck, durch Pflichten und Vorschriften die Schuldensünder zu disziplinieren.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen viel mehr:

Dreiundsiebzig Mal hat die Neuverschuldung der Länder Europas die 3%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts überschritten. In 27 Fällen war dies nach der Rezessionsregel, wie sie ursprünglich im Pakt vorgesehen war, erlaubt. In den meisten Fällen aber hätten Strafen gezahlt werden müssen.

Tatsächlich aber wurde keine einzige Strafe verhängt.

Man sieht: Die politischen Schuldenbremsen, mit denen sich Europa ausgestattet hat, haben kläglich versagt. (so Professor Sinn in seinem Gutachten für die Fraktion)

Wer ein stabiles Europa und einen stabilen Euro haben will, darf nicht allein auf die Bindekraft politischer Willensbekundungen vertrauen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war für Deutschland die unabdingbare Voraussetzung für die Zustimmung zur Einführung des Euro.

Er setzte auf eine doppelte Absicherung, eine politische und eine marktwirtschaftliche

- mittels der Maastricht-Kriterien durch politische Selbstbindung einerseits und
- mittels der No-Bail-Out-Bestimmung durch die disziplinierende Kraft der Märkte und die Vermeidung von Moral-Hazard-Effekten andererseits.

Die politische Selbstbindung wurde bereits von der Regierung Schröder aufgeweicht.

Mit dem Rettungsschirm wurde auch die zweite Absicherungslinie, das marktwirtschaftliche Korrektiv der Währungsunion, außer Kraft gesetzt.

Der Ausschluss einer gegenseitigen Haftung der EU-Länder sollte dafür sorgen, dass Kapitalanleger einen permanenten Anreiz haben, Risiken realistisch einzuschätzen, die fiskalische Entwicklung der Länder genau zu beobachten und Risikovorsorge zu treffen.

Das schlägt sich zwangsläufig nieder in einer divergierenden Zinsentwicklung je nach Bonität der Staaten.

Mit der durch den Rettungsschirm in die Wege geleiteten Aushebelung der No-Bail-Out-Klausel wurde versucht, die Zinsdifferenzen wieder einzuebnen.

Der Kauf einer Staatsanleihe darf aber für die Anleger nicht zu einem risikofreien Geschäft werden und damit der Ausweitung der Staatsverschuldung in den hochverschuldeten Ländern Vorschub leisten.

Das würde auf Dauer nicht nur eine erhebliche potenzielle Belastung der garantiegebenden Länder und deren Steuerzahler bedeuten, sondern die dauerhafte Gefahr einer

Fehlallokation und der Verschwendung von Kapital. Die fiskalische Disziplin des Systems wird weiter gelockert, die Fliehkräfte der Währungsunion nehmen zu.

Wer hohe Risiken eingeht, muss dafür auch haften. Die No-Bail-Out-Bestimmung war Ausdruck dieses Prinzips. Der mit dem Rettungsschirm institutionalisierte Ausstieg der europäischen Finanzpolitik aus dem No-Bail-Out-Prinzip war ein grundlegender Fehler.

In dem Moment, wo dieses Prinzip nicht mehr gilt, kommt es zu einer dauerhaften Asymmetrie der Risiken. Entgegen fundamentalen marktwirtschaftlichen Prinzipien haften die Staaten Europas dann für die Risiken der privaten Marktteilnehmer. Das bedeutet, dass letztlich systematisch die Steuerzahler für die Fehlinvestitionen von Banken, Versicherungen und anderen privaten Marktteilnehmern geradestehen.

Gegenwärtig wird in Europa über einen dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismus verhandelt, der den 2013 auslaufenden Rettungsschirm ersetzen soll.

Wichtigstes Element hierbei wird es sein, wenigstens für die Zukunft auch zu einer Beteiligung der privaten Gläubiger zu kommen.

In allen Phasen des Verfahrens sind klare und berechenbare Regeln zur Beteiligung der Gläubiger vorzusehen, die nicht durch politische Beschlüsse ausgehebelt werden können.

Zudem müssen in Zukunft Sanktionen im Rahmen des Stabilitätspakts automatisch greifen und politischen Opportunitätsentscheidungen entzogen sein.

Wie sehr aber die Diskussion bereits in die falsche Richtung läuft, zeigt sich daran, dass selbst in den Kommentaren deutscher Wirtschaftszeitungen unverblümt gefordert wird, Deutschland solle die Notwendigkeit einer Transferunion endlich anerkennen.

Dabei wird unter den Tisch gekehrt, dass die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur gemeinsamen Währung nur unter der Voraussetzung zustande kam, dass es keine Transferunion geben würde.

2. Die These von den globalen Ungleichgewichten

Auch auf einem anderen Feld soll Deutschland in die Pflicht genommen werden.

Ausgehend vom Treffen der G20-Gruppe in Korea und insbesondere in Washington wird derzeit heftig über die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen diskutiert.

Es gab den Vorschlag, die Überschussländer und damit auch Deutschland sollen ihren Überschuss auf 4 Prozent des BIP reduzieren und damit einen Beitrag zur ökonomischen Gesundung der Handelspartnerländer leisten.

Die ordnungspolitisch höchst fragwürdigen Politikempfehlungen, die daraus abgeleitet werden, münden in die Aufforderung, die Binnennachfrage zu stimulieren.

Da aber bereits die zugrundeliegende Diagnose nicht stimmig ist, kann auch die uns anempfohlene Behandlung nicht überzeugen.

Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse sind Ergebnis eines Kapitalexportes. Der deutsche Sparüberschuss wird in anderen Teilen der Welt angelegt.

Früher lernten die Studenten der Volkswirtschaft in der Einführungsvorlesung zur Außenwirtschaftstheorie den Satz:

„Die Kapitalbilanz führt, die Leistungsbilanz folgt.“

Ob ein Leistungsbilanzüberschuss gut oder schlecht ist, hängt davon ab, was mit dem exportierten Kapital im Ausland geschieht.

Gut ist es, wenn es dort für rentable Investitionen oder technischen Fortschritt genutzt wird. Schlecht ist es, wenn es in Konsum fließt. Dann wird der Handelspartner irgendwann Schwierigkeiten haben, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Deutschen waren immer stolz darauf, dass sie Exportweltmeister waren. Das klingt so nach Hochleistungssport.

Aber auch wenn es erfreulich ist – und eine unternehmerisch exzellente Leistung - wenn deutsche

Produkte im Ausland auf Nachfrage stoßen:
Gesamtwirtschaftlich gesehen spiegeln die dauerhaften Exportüberschüsse vor allem die Tatsache wieder, dass Deutschland ein Nettokapitalexporteur ist. Deutsche Geldanleger sehen im Ausland attraktivere Investitionsmöglichkeiten als im Inland.

Vor der Finanzkrise wuchs das Leistungsbilanzdefizit besonders stark, weil die Investitionsbedingungen in Deutschland oft vergleichsweise unattraktiv erschienen, und die Investoren die Anlagerisiken im Ausland unterschätzten und undurchsichtige Wertpapiere mit exzellenten Ratings und die vermeintliche Solidität in den Staaten der Europeripherie lockten.

Nicht nur angesichts der Finanz- und der Eurokrise werden grundlegende Zweifel an der Funktionsfähigkeit von Marktwirtschaft laut.

Das gilt auch für die globale Umwelt- und Klimapolitik.

3. Marktwirtschaft und Klimapolitik

Marktwirtschaftler sehen durchaus, dass es Situationen gibt, in denen der unregulierte Markt die

volkswirtschaftlichen Kosten und Nutzen nicht vollständig widerspiegelt (externe Effekte).

Hier muss die Politik eingreifen.

Die FDP kann mit Stolz für sich reklamieren, zu den politischen Pionieren der Umweltpolitik in Deutschland zu gehören (Genscher als Innenminister, Anfang der 70er)

Die Gefahr ist allerdings inzwischen sehr groß, dass daraus ein Freifahrtschein für beliebigen Interventionismus, für Gängelei, für branchen- oder produktorientierte Industriepolitik wird.

Der britische Klimaökonom Sir Nicholas Stern hat beispielsweise das Problem der Treibhausgase als „größtes Marktversagen aller Zeiten“ bezeichnet.

Solche dramatisierende Rhetorik wird von manchen nur allzu gern dazu benutzt, die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ganz generell in Frage zu stellen und sich schwungvoll an einen letztlich planwirtschaftlichen Umbau unserer ganzen Gesellschaft zu machen.

Ordnungspolitisches Denken ist hier dringend erforderlich.

Ich betone das so, weil sich ja immer wieder neue und wohlbegründete Argumente finden, die es zwingend notwendig erscheinen lassen, bestimmte Aktivitäten finanziell zu privilegieren.

Offene Subventionen sind in Deutschland glücklicherweise heute nicht mehr gut angesehen. Aber es gibt ja auch noch andere, oft eher undurchsichtige Wege, Geldströme politisch in bestimmte Verwendungen zu lenken.

Ich nenne in diesem Zusammenhang das Erneuerbare-Energien-Gesetz und insbesondere die Solarförderung.

Damit will ich die mit dem EEG verfolgten Ziel keineswegs in Frage stellen. Es ist richtig und notwendig, unseren Energiebedarf vermehrt durch erneuerbare Energien zu decken.

Aber diese Förderung hat auch ihre ordnungspolitisch gefährlichen Seiten.

Sie ist wenig transparent und sie züchtet eine stetig wachsende Zahl von Förderungsempfängern heran, die von zwangsweise umverteilten Geldern lebt und entsprechenden Druck auf die Politik ausübt.

Das EEG wurde eingeführt mit dem Ziel, Wind -und Solarenergie zur Marktreife (d.h. unter Marktbedingungen wettbewerbsfähig) zu führen.

Davon sind wir allerdings leider noch immer weit entfernt.

Um die nötigen Mittel in die zunächst noch kleine Branche zu lenken, entschied man sich damals für einen Weg, der die öffentlichen Kassen umgeht.

Denn die Einspeisevergütungen werden durch die Stromrechnungen vor allem privaten Stromkunden in Rechnung gestellt.

Sie tauchen in keinem öffentlichen Haushalt auf und müssen damit auch nicht jährlich in parlamentarischen Haushaltsdebatten neu gerechtfertigt werden.

Die grünen Erfinder dieses Prinzips nehmen für sich deshalb stolz in Anspruch, das die Konstruktion des EEG „genial“ sei.

Wer sich dagegen für den Betrieb einer Solaranlage entscheidet, hat die Sicherheit, dass ihm sein Strom 20

Jahre lang abgenommen und zuverlässig mit einer attraktiven Gewinnmarge vergütet wird.

Davon träumt jeder Produzent.

Wir müssen aber aufpassen, dass uns die Kosten nicht davon laufen. Und wir müssen prüfen, ob wir den technologie- und energiepolitischen Zielen näher kommen.

Die Konstruktion des EEG macht das leider sehr schwer, das Lobbyinteresse der Hersteller und Betreiber gewinnt von Jahr zu Jahr an Einfluss.

Hier geht es übrigens auch um eine Frage der Gerechtigkeit: Die Mehrheit der Stromkunden sind Mieter. Diese haben kaum Möglichkeiten, Solarstrom zu erzeugen und so von Einspeisevergütungen zu profitieren.

Folglich tragen die Mieter die Kosten der Hausbesitzer.

Experten erwarten, dass die Umlage die Strompreise dieses Jahr mit zusätzlich mehr als acht Milliarden Euro belastet.

Ein anderes Beispiel für die ordnungspolitische Gratwanderung, die wir in der Umwelt- und Energiepolitik leisten müssen, ist das Thema Elektromobilität.

Auch hier ist der Ausgangspunkt ein guter Zweck, mehr noch: ein als gravierend empfundenenes Problem.

Auf der einen Seite steht der Wunsch nach Mobilität auf der anderen Seite der Klimaschutzes, nach Senkung der CO₂-Emissionen.

Statt nun auf die Innovationsfähigkeit der Marktwirtschaft zu setzen, auf den Markt als Entdeckungsverfahren, wird – und das ist ordnungspolitisch problematisch - eine Problemlösung politisch vorgegeben. Diese politisch vorgegebene Problemlösung lautet: Wir brauchen mehr Elektroautos.

Und weil die maßgebliche Kräfte meinen, einen Wissensvorsprung gegenüber dem Markt zu haben und fest davon überzeugt sind, hier liege der Schlüssel zur Lösung des Problems, soll auch gleich noch die Marktführerschaft für diese Technologie erlangt werden.

Wen wundert es da noch, dass nun der Ruf nach einer Kaufprämie für Elektroautos erhoben wird.

Ordnungspolitisch sinnvolle Maßnahmen dagegen können sein: Förderung der Grundlagenforschung für Batterie- und

Stromspeichertechnik; Koordination von Infrastruktur und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Wir dürfen aber keine direkten Kaufprämien zahlen, selbst wenn das im Ausland zum Teil schon stattfindet.

Meine Damen und Herren,

Es sind bald 3 Jahrzehnte verstrichen, seit der damalige Bundesminister für Wirtschaft – Otto Graf Lambsdorff – sein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ (auch bekannt als "Wendepapier ") geschrieben hat.

Angesichts der Herausforderungen der deutschen Einheit schrieb er 1992 ein weiteres wegweisendes ordnungspolitisches Papier: „Mut statt Missmut“.

Nicht nur mit diesen beiden Papieren hat Graf Lambsdorff die ordnungspolitische Debatte in Deutschland ganz entscheidend geprägt und beflügelt.

Die Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, wandeln sich. Aber im Kern bleibt auch heute noch vieles von dem unerledigt, was er gefordert hatte.

Das gilt in besonderem Maße für das Gebiet der Steuer- und Finanzpolitik. Hier liegen noch ganz wesentliche Schritte vor uns.

Bis wir das 1992 formulierte Ziel Otto Graf Lambsdorffs erreicht haben, „Soziale Marktwirtschaft und Wettbewerb zum allseits akzeptierten gesellschaftlichen Ordnungsprinzip“ zu machen, ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!